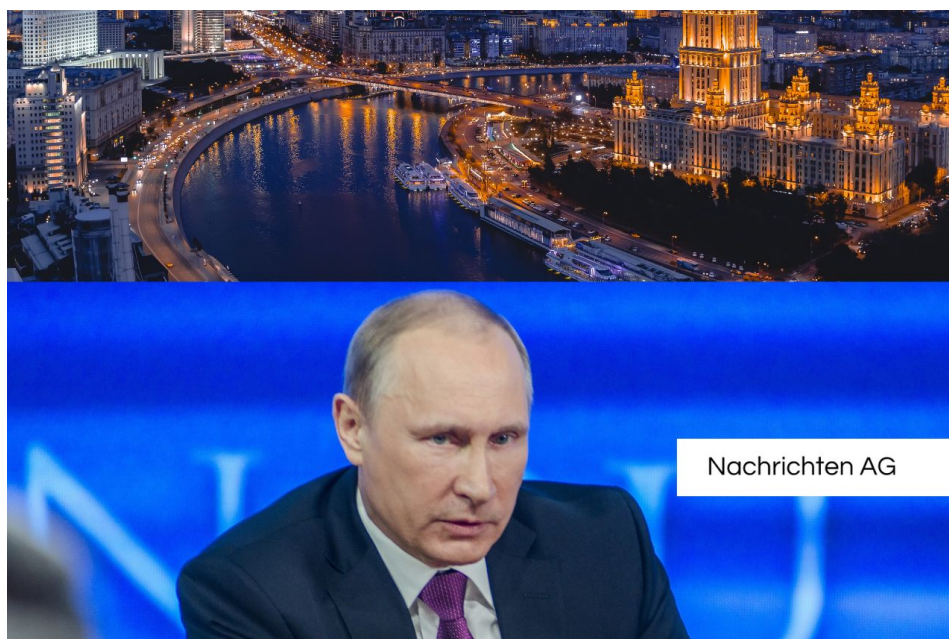


Österreichs Weg zur aktiven Friedenspolitik: Laimer fordert Dialog und Menschlichkeit

SPÖ-Wehrsprecher Robert Laimer spricht über Österreichs aktive Außen- und Verteidigungspolitik im Kontext internationaler Sicherheit und Menschlichkeit.



Österreich - Am 16. Juni 2025 äußerte sich der SPÖ-Wehrsprecher Robert Laimer im Vorfeld der bevorstehenden Budgetdebatte im Nationalrat zur Bedeutung einer aktiven Außenpolitik für Österreich. Er stellte klar, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit sei und dass Österreich sich als neutrale, verlässliche Stimme in der internationalen Politik positionieren müsse. „Wir dürfen nicht als passive Zuschauer agieren“, forderte Laimer, und appellierte an die Bundesregierung, aktiver im internationalen Geschehen mitzuwirken.

In seinen Äußerungen hob Laimer die laufenden

außenpolitischen Initiativen der Bundesregierung hervor, darunter die Bewerbung für den UN-Sicherheitsrat und die Vorbereitung auf den UN-Menschenrechtsrat sowie den Vorsitz der OSZE. Diese Schritte bezeichnete er als entscheidende Bekenntnisse zu einer Außen- und Verteidigungspolitik, die auf Dialog, Völkerrecht und Menschlichkeit beruht. Dies steht im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, die kollektive Sicherheitsmaßnahmen zur Verhütung und Beendigung von Konflikten propagiert, wie die **bpb** erklärt.

Die Rolle Österreichs in der Friedenssicherung

Laimer unterstrich auch die lange Tradition Österreichs in der Friedenssicherung, die unter anderem durch Blauhelm-Einsätze und humanitäre Missionen geprägt ist. „Wir haben die Verantwortung für Frieden, Stabilität und internationale Solidarität“, so Laimer, und verwies auf die besondere historische Verantwortung Österreichs, dies zu fördern und umzusetzen. In Anbetracht der Zugehörigkeit zur internationalen Gemeinschaft ist die Teilnahme an internationalen Friedensmissionen von großer Bedeutung.

Die **Vereinten Nationen** unterstützen Länder beim Übergang von Konflikten zu Frieden, indem sie multidimensionale Friedenssicherungseinsätze durchführen. Diese Einsätze umfassen verschiedene Aufgaben, die sich auf den Erhalt von Frieden, den Schutz von Zivilisten und die Förderung von Menschenrechten konzentrieren. Solche intervenierenden Maßnahmen werden oft vom UN-Sicherheitsrat initiiert und erfordern die Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten.

Allerdings sehen sich die Vereinten Nationen nicht nur Herausforderungen beim Erhalt des Friedens, sondern auch in der Anpassung ihrer Strukturen und Verfahren an moderne Konfliktformen gegenüber. Kritiker der kollektiven Sicherheit betonen die Abhängigkeit von den nationalen Interessen der Mitgliedstaaten, was die Wirksamkeit der UN-Aktivitäten

einschränken kann. Laut den Ausführungen der **bpb** ist ein effektives kollektives Sicherheitssystem auf Vertrauen und klare Normen angewiesen, was aktuell durch das Vetorecht der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, darunter die USA und Russland, stark eingeschränkt wird.

Der Sicherheitsrat hat die Hauptverantwortung für den Weltfrieden und kann Maßnahmen ergreifen, um Aggressoren zur Einhaltung friedlicher Verhaltensweisen zu bewegen. Doch trotz dieser Befugnis bleibt die Effizienz der UN häufig von der Unterstützung der Mitgliedstaaten abhängig, die oftmals nicht ausreichend ist, um den Anforderungen neuer Konflikttypen gerecht zu werden.

Zusammenfassend gibt es für Österreich sowohl Herausforderungen als auch Chancen in der internationalen Außen- und Verteidigungspolitik. Laimer betont, dass es jetzt an der Zeit sei, ein aktiver Akteur in den globalen Krisen heran zu werden, um die Tradition des Landes in der Friedenssicherung fortzusetzen und eine deutliche Position für Frieden und Stabilität in der Welt einzunehmen.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bpb.de • unric.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at